

# OBERHESSEN



## Spamer will Verfahren stoppen

Erneute Verschiebung der Vorstadt-Pflasterung? Die Bidingener Politik wird darüber diskutieren.

► Seite 12



GEMOIJE

von Franz Maywald

## Dauerkrise

Früher hieß es: „Ich krieg' die Krise“, wenn an einem lauen Samstagabend das Bier nicht kalt genug und der Grillrost nicht heiß genug war. Inzwischen ist „Krise“ ein gesamtgesellschaftlicher Dauerzustand, der nicht mit Abkühlen oder Unterzünden – beim Grillen mit leicht brennbaren trockenen Holzspänen oder mit Küchenpapier – ins wohltemperierte Lot zu bringen ist. Die Debatte wird hitziger, die politische Stimmung eisiger. Aber die Krise hat auch gute Seiten. Sie zeigt die wahren Gesichter. Denn in der Krise scheiden sich die Geister – und die Sehgewohnheiten. Die einen sagen: „Ich sehe Licht am Ende des Tunnels.“ Die anderen: „Das ist nur der entgegenkommende Zug.“ Das sind dann die mit dem Tunnelblick. Die einen kochen am Krisenherd groß auf. Die anderen verbrennen sich die Finger daran. Die einen packen an und beenden damit die Krise vorzeitig. Die anderen stellen sich tot und warten darauf, dass irgendjemand die Krise für beendet erklärt. Die einen suchen den Sinn. Die anderen den Schuldigen. Die einen sind krisenfest. Die anderen feiern ein Krisenfest. Wer jetzt gut hinschaut, weiß nachher, auf wen er sich verlassen kann.

## SUDOKU



► Seite 12

## ALTENSTADT



**Lachen ist die beste Medizin**  
Überraschend mit dem „Lachenden Apfel“ ausgezeichnet: Hans-Joachim Heist begeistert in seiner Paraderolle als Heinz Erhardt.

► Seite 15

## REDAKTION

E-Mail: redaktion-ka@vrm.de  
Telefon: 060 43/5 02-50  
Telefax: -20



Heute an unserem Servicetelefon

**Holger Sauer**  
060 43/5 02-21 (ab 11 Uhr)

**Lokalredaktion**  
**Holger Sauer** -hks-, Leitung (Schotten, Vogelsbergkreis) -21  
**Myriam Lenz** (Nidda, Echzell, Reichelsheim) -28  
**Christian Berg** -bg- (Gedern, Hirzenhain, Florstadt) -22  
**Carsten Woitas** -cwo- (Ortenberg, Ranstadt) -27  
**Björn Leo** -leo- (Büdingen, Kefenrod) -17  
**Judith Seipel** -jub- (Altenstadt, Glauburg, Limeshain) -25  
**Sport**  
E-Mail: sport-ka@vrm.de  
**Andreas Wagner** -aw- -16  
**Torben Frieborg** -tf- -15

Zeitung online:  
www.kreis-anzeiger.de  
www.facebook.com/  
DerKreisAnzeiger  
www.twitter.com/  
KAgezwitscher



Aktionstag in Ortenberg: Bevor im Bürgerhaus das Plenum zur Machbarkeitsstudie für eine Interkommunale Landesgartenschau in Oberhessen begann, ließen sich Bürger und Kommunalpolitiker von Fürst Alexander zu Stolberg-Roßla (2.v.l.) die Entstehung des Landschaftsparks am Schloss Ortenberg erklären. Foto: Potengowski

# Kommunikation „unentberhrlich“

Aktionstag zur Landesgartenschau in Oberhessen 2027 in elf Kommunen / Interesse an Engagement scheint vorhanden

Von Oliver Potengowski

**REGION/ORTEMBERG.** Der Aktionstag zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie für eine Interkommunale Landesgartenschau Oberhessen zeigte, dass Bürger und Politik Interesse daran haben, sich für dieses Projekt zu engagieren. Dabei spielen vor allem die Chancen für die Entwicklung der Region auch über eine mögliche Landesgartenschau im Jahr 2027 hinaus eine Rolle.

In elf Kommunen hatten Bürger beim Aktionstag in Oberhessen diskutiert, welche Potenziale und Besonderheiten ihre Gemeinde oder ihre Stadt in eine Gartenschau einbringen könnten. Dabei wurden auch Projekte und Entwicklungen diskutiert, die durch Fördermittel für eine Landesgartenschau finanzierbar wären und über 2027 hinaus von Nutzen wären.

Diese Perspektive betonte auch Johann Senner, Inhaber des Planungsbüros Planstatt Senner (Überlingen am Bodensee), der mit der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie als Voraussetzung für eine Bewerbung beauftragt ist. Bei der Abschlussveranstaltung im Bürgerhaus Ortenberg wies er nicht nur auf die Möglichkeiten für eine Infrastruktur-, sondern auch für eine wirtschaftli-

che Entwicklung der Region hin. Er sieht in der Landesgartenschau nicht nur während deren Dauer, sondern auch durch den Werbeeffect für die Region darüber hinaus Chancen für neue Arbeitsplätze.

„Es muss spannend sein“, nannte er eine Voraussetzung für den Erfolg. Nach mehreren ausgiebigen Besuchen in Oberhessen zeigte er sich überzeugt, dass die Region mehr als genügend Potenzial für eine Landesgartenschau hat. „Wir haben so viele Eindrücke auch heute bekommen, da mache ich mir inzwischen keine Sorgen.“ Zu diesen Potenzialen zählten unter anderem auch Schlösser, Klosteranlagen und andere historische Gebäude. „Allein das Thema Baukultur könnte eine eigene Ausstellung bedeuten.“

Immer neue Eindrücke habe er in den letzten Wochen durch die Beschäftigung mit Oberhessen gesammelt. „Es war mir bisher nicht bewusst, dass der nördliche Teil Ihrer Region zum größten Vulkangebiet Europas zählt“, sprach er geologische Aspekte an, die in eine Landesgartenschau einfließen könnten. Und: „Da ist kaum eine Wiese, kaum ein Acker ohne eine Baumreihe am Saum“, staunte er. „Das kennt man sonst nur aus Südeuropa.“ Senner er-

läuterte, dass eine Interkommunale Landesgartenschau in Oberhessen das Wir-Gefühl der Region stärken könne. Damit stünden weniger die einzelnen Kommunen im Blickpunkt als die Gesamtheit mit all den Unterschieden aber auch dem Verbindenden.

„Die Landschaft ist der Garten“, fasste Berthold Passlack, Stadtrat in Ortenberg, die Idee, die Weite der Region zum Thema zu machen, zusammen. Der Gedanke eines solchen erweiterten Konzepts für eine Landesgartenschau bedarf jedoch einer umfassenden Vermittlung. In einer Pressemitteilung des zuständigen hessischen Ministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zu den Bewerbungen für die Landesgartenschau 2027 hieß es im Frühjahr, dass außer den elf interessierten Kommunen in Oberhessen auch „Dillenburg, Frankenberg (Eder), Schwalmstadt und Bad Homburg für mehr Grün in ihrer Stadt“ sorgen wollten. Allerdings will Bad Homburg seine Bewerbung zurückziehen, weil es offenbar zu viele Widerstände in der Stadt und auch den Nachbarcommunen gab. Deshalb mahnte Planer Senner auch, dass Kommunikation für ein solches Projekt absolut unentbehrlich sei. „Es ist wichtig in einer ländlich geprägten Region, dass man

den Einzelnen abholt“, erläuterte er. Wobei der Aktionstag zeigte, dass schon jetzt, sieben Jahre vor einer eventuellen Landesgartenschau, Interesse vorhanden ist. Sowohl bei den Veranstaltungen in den Kommunen als auch im Plenum im Bürgerhaus Ortenberg äußerten Bürger Ideen, wie die Region sich weiterentwickeln könnte. Darunter waren eher bodenständige Ideen wie der Ausbau des Radwegenetzes zwischen Kommunen, bei dem die Region oft noch an der Landesregierung scheitert. Aber es wurden auch visionäre bis fantastische Ideen wie eine Seilbahn entlang des Niddertals, die auch zum Schülertransport dienen könnte, vorgebracht.

„Ich glaube, unsere Region hat es verdient“, sprach sich die Vorsitzende des Vereins Oberhessen und Büdingens Erste Stadträtin, Henrike Strauch, entschieden für eine Landesgartenschau in der Region aus. „Ich glaube, das Büro Planstatt Senner weiß, dass es ganz viel für uns tun muss, eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten, dass niemand an uns vorbei kann.“ Senner machte dagegen deutlich, dass nicht allein eine gute Präsentation bei der Bewerbung für eine Landesgartenschau den Erfolg garantiere. Es gehöre bei dem Auswahlverfahren auch Glück dazu. ► Seite 13

# Pro Vernunft stellt Muks in Frage

Angespannte finanzielle Lage und Corona-Pandemie: Stadt Büdingen erlässt Bildungseinrichtung Nebenkosten für zurückliegende Jahre

**BÜDINGEN** (ihm). Die Stadt Büdingen erlässt der Musik- und Kunstschule (Muks) die Nebenkosten der Jahre 2016 bis 2019, die für ihre Heimstatt im Oberhof angefallen sind. Der Beschluss im Stadtparlament fällt einstimmig (bei einer Enthaltung) aus. Dennoch kommt es zur Kontroverse.

Gunnar Bähr (Pro Vernunft) wirft die Frage auf, wie lange sich die Stadt eine Förderung der Muks noch leisten will. Bei den offenen Posten handelt es sich um Beträge von rund 6600 Euro pro Jahr. Das kam deshalb zustande, da die Stadt als Vermieterin die Miete mit dem städtischen Zuschuss verrechnet, dieser die komplette Miete und Nebenkosten aber nicht gänzlich abdeckt.

Aufgrund ihrer angespannten finanziellen Lage und insbesondere nun vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie kann die Bildungseinrichtung das Geld nicht aufbringen. Diese Information geht aus der Beschlussvorlage des städtischen Haupt- und Finanzausschusses hervor. Im Vorfeld der Parlamentssitzung hatte der Ausschuss die Vorlage des Magistrats

zum Schuldenerlass bereits geschlossen befürwortet.

Pro-Vernunft-Mann Bähr, der zwar die Zustimmung seiner Fraktion erklärt, gibt allerdings etwas zu bedenken: Zum einen sei die Forderung aus 2016 sowie so verjährt, zum anderen müsse die

Stadt abwägen, inwieweit eine Einrichtung wie die Muks „noch lebensfähig“ sei. „Durch die Pandemie wissen wir nicht, was uns in diesem und dem nächsten Jahr noch erwartet“, meint Bähr. Daher müsse das Hohe Haus darüber sprechen, ob die Stadt die Muks dauerhaft weiterhin sponsern wolle.

Bürgermeister Erich Spamer (FWG) ist da ganz anderer Auffassung: Solch eine Debatte wolle er gleich im Keim ersticken. „Wir sollten nicht alles danach beurteilen, ob es ein Plus oder Minus erwirtschaftet“, sagt er. Die Stadt habe die Aufgabe, für die Bürgerinnen und Bürger Kultur und Bildung zu fördern. „Natürlich kostet das Geld“, konstatierte er.

Allerdings sei es sinnvoll, Einrichtungen wie die Muks zu fördern, um Defizite der Schulen aufzufangen. „Die Zusammenarbeit mit der Musik- und Kunstschule ist hervorragend, das sollten wir fortsetzen.“ Der neue Vereinsvorstand sei sehr engagiert, agiere im Interesse der Kinder und Jugendlichen und fördere sie. Die Querelen der Vergangenheit in der Muks hätten zu wirtschaftlichen Problemen geführt, er wolle nicht mehr darauf eingehen. „Jeder Euro, den wir dort investieren, ist gut angelegtes Geld. Wir sollten jetzt nach vorne schauen“, appelliert er.

Ulrich Majunke (Fraktionsvorsitzender (FWG) geht kritisch mit Bährs Ansichten um: „Einerseits wollen Sie dem Schuldenerlass zustimmen, andererseits stellen Sie Einrichtung komplett in Frage.“ Die FWG, so Majunke, stehe hinter der Muks. Das tut die FDP auch, wie Fraktionschef Wolfgang Patzak klar macht. Allerdings warnt er davor, „Sachen unter den Teppich zu kehren, die in der Muks in der Vergangenheit vorgefallen sind“.



Das Stadtparlament steht hinter der Muks, allerdings kommen von Pro Vernunft kritische Töne zur Sinnhaftigkeit der finanziellen Förderung. Foto: Ihm-Fahle